

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Pb-10-6/24

Aktenzeichen:

Amt: Ordnung und Soziales

Datum: 25.06.2024

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

X

Betreff: Gültigkeit der Kommunalwahl am 09.06.2024**Kurzinfo zum Beschluss****Finanzielle Auswirkungen: Nein**

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung Eigenanteil: € Objektbezogene Einnahmen: €

Haushaltsbelastung: €

Veranschlagung: **Nein** mit €

Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:_____
Unterschrift Kämmerer**geprüft und bestätigt:**_____
Amtsleiter_____
Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
GV	1	04.07.2024					

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite
Unterschrift / Datum:_____
Vorsitzender der GV

Beschluss-Nr.: Pb-10-6/24

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung Planebruch trifft gemäß § 56 BbgKWahlG i.V.m. § 57 Abs. 1 Nr. 1 und § 80 Abs. 1 Nr. 1 BbgKWahlG folgende Wahlprüfungsentscheidungen:

1. Einwendungen gegen die Wahl der Gemeindevertretung liegen nicht vor. Die Wahl ist gültig.
2. Einwendungen gegen die Wahl des ehrenamtlichen Bürgermeisters liegen nicht vor. Die Wahl ist gültig.
3. Einwendungen gegen die Wahl des Ortbeirates in dem Ortsteil Oberjünne liegen nicht vor. Die Wahl ist gültig.
4. Einwendungen gegen die Wahl des Ortsvorstehers in dem Ortsteil Damelang-Freienthal liegen nicht vor. Die Wahl ist gültig.
5. Einwendungen gegen die Wahl des Ortsvorstehers in dem Ortsteil Cammer liegen nicht vor. Die Wahl ist gültig.

Unterschrift / Datum:

<div style="text-align: right;"> <hr style="width: 150px; margin: 0 auto;"/> Vorsitzender der GV </div>

Begründung

Gemäß § 56 Abs. 1 BbgKWahlG obliegt der neu gewählten Vertretung die Wahlprüfung. Sie entscheidet über die Wahleinsprüche (gem. §§ 55 und 79 BbgKWahlG) sowie über die Gültigkeit der Wahl (gem. §§ 57, 80 BbgKWahlG).

Für die Wahl der Ortsbeiräte und Ortsvorsteher in den einzelnen Ortsteilen sind die §§ 57 i.V.m. 84 BbgKWahlG grundlegend.

Im § 55 BbgKWahlG ist die Zulässigkeit eines Wahleinspruches geregelt.

Demnach ist ein Wahleinspruch bei dem für das Wahlgebiet zuständigen Wahlleiter frühestens am Tage der Wahl und spätestens zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses schriftlich mit Begründung einzureichen oder mündlich zur Niederschrift zu erklären.

Die vorgeschriebene Bekanntgabe des Wahlergebnisses erfolgte in der öffentlichen Sitzung des Wahlausschusses am 11.06.2024. Demnach endet die maßgebende Frist für Wahleinsprüche mit Ablauf des 26.06.2024.

Von der Möglichkeit des Wahleinspruchsrechts wurde bis zur Erstellung der Beschlussvorlage kein Gebrauch gemacht. Für diesen Fall ist der Wortlaut der Wahlprüfungsentscheidung gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 1 BbgKWahlG i.V.m. § 80 Abs. 1 Nr. 1 BbgKWahlG wie folgt festgelegt:

„Einwendungen gegen die Wahl liegen nicht vor. Die Wahl ist gültig“